

# VORAN

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

**Streikbilanz**  
Seite 4 und 5  
**Betriebsbesetzungen**  
Seite 8  
**SPD und GRÜNE**  
Seite 2 und 3

Nr. 71 — Juli/August 1984  
80 Pfg. — Solidaritätspreis 1,20 DM

**Bilanz von fast zwei Jahren Kohl-Regierung:**

## Gewinne steigen Reallöhne sinken Sozialistische Politik statt Sozialabbau!

Mit großen Versprechungen und Prahlereien trat Kanzler Kohl im September 1982 sein Amt an. Die Staatsverschuldung sollte gesenkt, die Arbeitslosigkeit abgebaut und eine neue Wirtschaftsaufschwung herbeigeführt werden. Doch das wichtigste Ziel war: die Arbeiter sollten für die kapitalistische Krise zahlen.

Tatsächlich ist die Staatsverschuldung jedoch auf über 600 Mrd. DM angestiegen. 2,5 Millionen Arbeitslose sind Nachkriegsrekord. Und der Aufschwung fand nur in den Geldsäcken der Kapitalisten statt, deren Nettoeinkünfte letztes Jahr um 13% stiegen. Die Arbeiter mühten sich dagegen mit fast 1% Reallohnsenkung zufriedenzugeben.

Darüberhinaus sorgte die Regierung für immer neue Überraschungen, indem sie von einem Fettnapf in den nächsten trat.



auf den Seiten 4, 5 und 8.

## Arbeitskampf der Metaller und Drucker Größte Streikbewegung seit Jahrzehnten

Die erste Schlacht ist geschlagen, der Kampf geht weiter. Die Streikbewegung der Metaller und Drucker vom Frühjahr 1984 war die größte und härteste Klassenauseinandersetzung der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik. Durch Streik und (heiße wie kalte) Aussperrung sind seit April ca. 10 Millionen Arbeitstage verloren gegangen. Das sind mehr als in den letzten zehn Jahren zusammen! Vorbei sind die Zeiten, da die Unternehmer in den anderen Ländern ihren eigenen Arbeitern das Bild vom braven, anständigen, sozialpartnerschaftlichen deutschen Arbeiter an die Wand malen konnten. Mit diesen Streiks hat die deutsche Arbeiterbewegung nach Jahrzehnten relativer Ruhe und Passivität wieder gezeigt, daß sie zum Kämpfen fähig ist.

„Soll das alles sein? Sieben Wochen streiken — und dann so ein schwaches Ergebnis. Daß sich unser Vorstand überhaupt darauf eingelassen hat...“, so und ähnlich reagierten viele aktive IG Metall-Kollegen auf das Ergebnis. In Nordwürtembergs-/Nordbaden stimmten nur 54,5% der Mitglieder für Annahme, in Hessen nur 52 %. Die völlig berechnete Enttäuschung der aktiven Kollegen wird innergewerkschaftliche Konsequenzen haben. Viele, vor allem jüngere Arbeiter, haben zum erstmalig wichtige Erfahrungen im Streik gesammelt. Diesmal sind auch im Ansatz mehr und neue Aktionsformen gegen die Aussperrung entwickelt worden.

Diese Streikbewegung war eine wichtige Generalprobe für die noch größeren Klassenkämpfe, die der BRD in den nächsten Jahren bevorstehen.  
Das für die Aktivisten enttäuschende Ergebnis kommt aber nicht einer lähmenden Niederlage gleich; viel eher war es ein Rückschlag, der auftrübt.

Fortsetzung auf Seite 4

Leo Schiffer, Aachen

In dem vorgelagten Steuerpakt sind erneut Steuererleichterungen für die Unternehmer vorzusehen. Eigentlich unnötig enthielte doch unlängst eine Studie, daß die „BRD die Steuerermäßigungen einer Bananenrepublik“ hat.

**Regierung des Kapitals**

Den Kampf der IG Metall um die IG Druck um die 35-Stundatausführung hielt Kohl für „dumm und töricht“. Die Regierung unterstützt ganz offen die Arbeitgeber. Franke, der Chef der Bundesanstalt für Arbeitslose, wolle dasanstattdes für Arbeitslose, wolle sogar die ausgesperrten Arbeiter ohne finanzielle Unterstützung lassen! Neben den ganzen bisherigen Kürzungen im Sozialbereich durch die Regierung soll für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Nullfron geben.

Das alles sagt uns doch gar deutlich: eine solche Regierung will und kann nicht unsere Interessen vertreten. Unglücklichweise meint Hans-Jochen Vogel noch immer, mit „konstruktiver Opposition“ die CDU-Politik beeinflussen zu können. Die SPD muß jedoch eine entschlossene Oppositionspolitik betreiben und schon jetzt klare sozialistische Alternativen aufzeigen, um im Kampf gegen die Rechtsregierung erfolgreich zu sein.

### Hinweis der Redaktion:

Eine ausführliche Bilanz der Druckerstreiks folgt in der nächsten Ausgabe von VORAN

# VORAN

**VORAN zur sozialistischen Demokratie**  
Überregionale marxistische Zeitung  
für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

Erscheint im zehnten Jahrgang  
Redaktionsanschrift: VORAN, Reinwardtstr. 2, 56330 Remscheid 11  
Telefon: 0 21 91 / 5 49 32

Bankverbindung: Pacha Essen, Konto Nr. 2500 59-430  
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öttinger  
Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen-Dellwig

## Grüne Zukunft ?

Angesichts der 8% Wählerstimmen, welche die Grünen bei den Europawahlen erreichten, stellt sich die Frage, ob sie sich in Zukunft zu einer neuen Massenpartei links von der SPD entwickeln werden. Denn tatsächlich haben die Grünen in vielen wichtigen Fragen mehr Initiative gezeigt als die SPD:  
Die Bundestagsdebatte um die 35-Stunden-Woche und das Aussperrensverbot wurde von den Grünen eingeleitet und durchgefohrt.  
Bei der Parteienpendenaffäre zeigten sich die Grünen offensiver und konsequenter als die SPD.  
Ohne die Grünen wäre die Bevölkerung kaum auf das Waldsterben aufmerksam geworden.

Aber die Grünen stehen nicht generell links von der SPD. Da gibt es unterschiedlichste Meinungen aufgrund der verschiedensten politischen Strömungen. Grüne wie Petra Kelly wollen die SPD auf einen „linken“ Kurs bewegen, andere streben eine Rückentwicklung der Wirtschaft zu dezentraler Kleinproduktion an.

Wie lange werden die inneren Widersprüche der Grünen eine gemeinsame Politik noch möglich machen? Die Differenzen rühten bereits am Gerüst der Partei: Rotation und Imperatives Mandat lassen den Beginn einer Klüftung zwischen „Realpolitikern“ und Partei-Basis erkennen. Mit zunehmender Krise werden Linke und Rechte am entgegen gesetzten Ende des Strickes ziehen und eine einheitliche Wirtschaftspolitik unmöglich machen. Auf Fragen der Zukunft — Lohnverlust, Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen — haben die Grünen keine ausreichende Antwort.

Was soll ein Arbeitloser z.B. mit folgender Perspektive anfangen: »In einer ökologischen Gesellschaft sind die Wirtschaftsweisen, der Lebensstil und die Konsumgewohnheiten geprägt von Rücksicht auf Umwelt und Gesundheit, von Ehrfurcht vor dem Leben der Pflanzen und Tiere.«  
Es ist unbestritten, daß wir eine Gesellschaftsordnung brauchen, in der unter anderem kein Raubbau an der Natur getrieben wird. Aber mit moralischer Ehrfurcht vor dem Leben der Pflanzen und Tiere ist es nicht getan.

Gefordert wird die Überführung von Produktionsmitteln, Naturschätzen, Grund und Boden in eine „neue gesellschaftliche Form des Eigentums“. Aber wie das aussieht, bleibt rätselhaft. Die Grünen fordern die Entflechtung der Wirtschaft in „überschaubare und kontrollierbare Einheiten“; man solle sich von der „Fixierung auf den Weltmarkt“ abkehren und eine „möglichst verbrauchernahe Produktion in lokalen/regionalen Wirtschaftsräumen“ anstreben. Was fortschrittlich nach Entmachtung der Großkonzerne klingt, ist in Wirklichkeit konservativ.

Grundsätzlich ermöglicht es die Zentralisierung der Produktionsmittel und die weltweite Arbeitsteilung, die Verschwendung zu beenden. Die weltweite Verflechtung verlangt geradezu nach einer internationalen, demokratisch geplanten Wirtschaft. In der tatsächlichen Bedarf-, Produktionsanlagen und Rohstoffe aufeinander abgestimmt werden. Und nur so kann gewährleistet werden, daß die sinnlose Verschwendung von Arbeitskraft, Energie und Bodenschätzen beendet und der technische Fortschritt zum Wohle aller eingesetzt wird.

Dezentralisierung würde nur die chaotische Produktionsweise und das Konkurrenzprinzip verschärfen. Das aber bedeutet mehr Ausbeutung, mehr Verschwendung an Rohstoffen und Energie — und nicht zuletzt wirtschaftliche Rückentwicklung und sinkenden Lebensstandard. Das Grundübel ist auch nicht die Technologie, denn die könnte eingesetzt werden, um die Menschheit von gefährlicher, schmutziger und monotoner Arbeit zu befreien und die notwendige Arbeit auf ein Mindestmaß zu verkürzen. Das Grundübel ist der Kapitalismus, die Aneignung des von vielen erarbeiteten Reichtums durch eine Minderheit. Das Konkurrenzprinzip verhindert eine weltweite Planung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert und nicht am Profitinteresse der Einzel-Kapitalisten.

Die einzige Kraft, die eine solche gesellschaftliche Umwälzung erfolgreich durchführen kann, ist die Arbeiterklasse. Denn sie produziert, verteilt und verwaltet den Reichtum — unter Herrschaft und Kontrolle der Kapitalisten. Sie hat dadurch schon die Grundlage, die sie braucht, um die Gesellschaft in eigener Regie und im eigenen Interesse zu steuern.

Letztenendes können Umweltschutz und wirkliche Arbeiterbewegung auch nur durch den Druck der organisierten Arbeiterbewegung durchgesetzt werden. Und wegen ihrer Tradition und Verankerung in den großen Industriegebieten werden sich die wesentlichen Auseinandersetzungen um eine kämpferische Politik für die Arbeiterbewegung erst in den Gewerkschaften, später in der SPD abspielen.

Alexandra Grundmann, Hamburg, Jungsozialistin

# KAMPFONDS

## 10.000,- DM bis 1. Oktober!

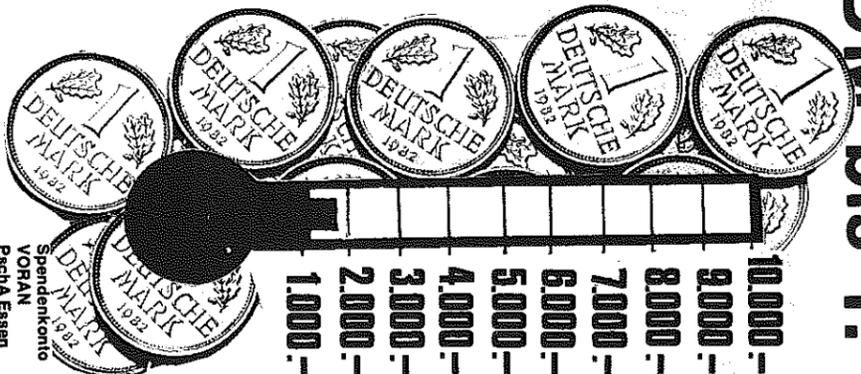
Die letzten Wochen und Monate sahen einen Aufschwung in Klassenauseinandersetzungen der BRD. Unser Kampffonds hat von diesem Aufschwung ebenfalls profitiert. Von März bis Ende Juni erreichten uns neben den relativ regelmäßigen Spenden von monatlich rund 3.500Mark weitere Sonderspenden in Höhe von 9.019,89 DM.

Wir danken allen Lesern und Anhängern, die dazu beigetragen haben, Stellvertreter für die vielen Einzelspenden seien genannt:

Andrea Moritz, Schülfrn, Remscheid, 8,-DM; Sabine Kall, Azubi, Remscheid, 12,30DM; Harald Neumann, Betriebsratsvorsitzender, Remscheid, 10,-DM; Rolf Menger, Kreisfeld, 20,-; Silvia Bartner, Köln, 20,-DM; G. Dragudakis, 30,-DM und H.Gatatzis, 20,-DM, beide Herbergrün; Dieter Flory, Fließbandarbeiter bei Daimler-Wörth, 10,-DM; Monika Stark, Jungsozialistin, Stuttgart, 20,-DM; Stefan Fisahn, Schülfr, Stuttgart, 13,-DM; ein IGM-Vertrauensmann bei Daimler-Hedelöfingen, 15,-DM; je 13,-DM zugunsten des Kampffonds spendeten u.a.: Monika Quidzinski, Olaf Borth, Thomas Benhien, Silke Blumenthal, Klaus Michael Rück, Bernd Siebert, Hartmut Marnack, Dirk Zastrow, alle IGM-Metall Jugendgruppe Lübeck; Solweig Krogerus, Lehrfrn, Lübeck, 80,-DM; Karin Dollmeier-Diateri, Jusos, Nürnberg, 180,-DM; Rolf Lubbe, Jusos, Brilon, 75,-DM; Grundmann, Norderstedt, 10,-DM.

Außerdem haben VORAN-Anhänger eine Reihe von Aktionen für die Aufbesserung des Kampffonds gestartet:

Aus dem Verkauf von Büchern im Antiquariat erzielte Hamburger Leser 70,-DM; in Remscheid spendeten Leser ihre „Däten“ als Europawahl-Bei-



Spendenkonto  
VORAN  
Pacha Essen  
2500 59-430

sitzer in den Wahlvorständen: 300,-DM; Kölner Leser veranstalteten Spielabende und überwiesen 104,50 DM; eine Wette über das Ergebnis der ersten Urabstimmung im Tarifbezirk Nordbaden ergab in Stuttgart 104,80DM für den Kampffonds.

Bei unserem letzten bundesweiten Seminar haben wir uns neue Ziele für unsere politische Arbeit und damit auch für den Kampffonds gesteckt. Wir wollen

## Wessen Freund und Helfer ?

Die Drucker des „Kölner Stadtanzeiger“ streikten am 26. und 27. April - wie auch die Arbeiter in vielen anderen Druckereibetrieben in der BRD - für die 35-Stunden-Woche, eine neue Lohnstruktur und einen Rationalisierungs-schutz (vielleicht besser: Entlassungsschutz).

Die Kölner Polizeichefs zogen es vor, sich völlig solidarisch mit den Unternehmen zu erklären.

Während die Kollegen versuchten, die Auslieferung einer mit Hilfe von Streikbrechern gedruckten Notausgabe zu verhindern, zogen massenweise Polizisten auf. Die Einsatzleitung erklärte, daß sie gegen die Kollegen vorgehen würde, wenn diese nicht die Verlagsstore freimachten und somit die Auslieferung ermöglichen. Die Arbeiter, die vor den Werkstoren saßen, fragten sich erstarrt, warum die Polizei in einen Arbeitskampf eingriff, der unmittelbar eine Sache zwischen Arbeitern und Unternehmern ist. Hierbei half auch nicht, daß der Innenminister von NRW, Herbert Schnoor, einige Tage zuvor in einem Erlaß an alle Polizeibehörden festgestellt hatte, daß „Arbeitskampfmassnahmen grundsätzlich außerhalb der polizeilichen Zuständigkeit liegen“.

Die grünen Männchen zeigten auch ganz deutlich, daß sie nicht gekommen waren, um den „öf-fentlichen Frieden“ - was das

# LESERBRIEFE

rechtzuerhalten. Das wurde daran klar, daß ein Auslieferungsfahrer, der zuvor einen der streikenden Kollegen mit einer Pistole bedroht hatte, um auf das Gelände zu gelangen, ihr Interesse nicht so sehr weckte wie friedlich für ihr Recht streikende Arbeiter. Das Image, das die bürgerliche Presse von der Polizei aufzubauen versucht, erwies sich somit als Lug und Trug.

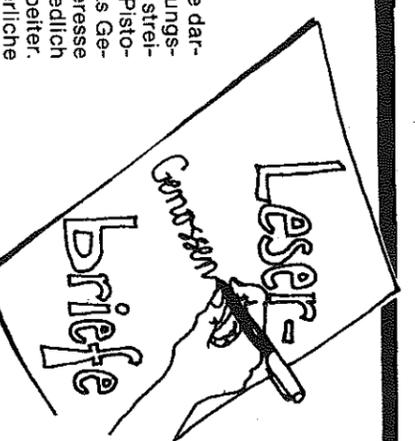
Hatte bis zu dieser Zeit noch jemand an die Polizei als neutrale Staats Einrichtung geglaubt, so wurde ihm jetzt völlig klar, auf welcher Seite die Polizei wie auch der ganze Staat steht. Kollegen, die die Polizisten auf ihr Tun ansprachen, wurden vom Einsatzleiter damit abgespeist, daß die Polizei der Hüter des Gesetzes sei. Die Arbeiter fragten sich jedoch, wer in diesem Staat Gesetz macht, die die Kämpfe der Arbeiter sabotieren und die Unternehmer stärken sollen. Ganz sicher nicht die Kollegen. Vielleicht fehlt der Polizei ein bißchen von der Demokratie, die sie angeblich schützen soll.

Mary Schingen, Köln.

## Umverteilung

Anhand von folgenden Daten will ich mal aufführen, wie „sozial“ unser Staat gerade mit den ärmsten der Armen umgeht. Es sind von mir persönlich zu ertragende Kürzungen.

Seit ich meine Gas-Zentralheizung habe über die Hausverwaltung einbauen las



Mehrausgaben und noch dazu mit vielen Kürzungen kommen. Einmal darf ich selbstverständlich 50,- DM mehr Miete zahlen. Bei den Gaskosten kommen sogar gleich 60,- DM mehr heraus. Dazu erhalte ich 10,-DM weniger Wohngeid. Dann muß ich mit 50,-DM weniger Arbeitslosenhilfe im Monat auskommen. So habe ich insgesamt durch Mehrausgaben und Kürzungen mit 170,-DM weniger zu leben.

Es ist freilich sehr ungerecht, daß die Menschen, die bisher freie Fahrt in Bussen und Bussen des öffentlichen Nahverkehrs im Umkreis von 50 km auch auf den Strecken der Bundesbahn hatten, jetzt 120 DM im Jahr zahlen sollen. Die Reichnen fahren nicht mit den Bussen und Bahnen, sondern im eigenen Wagen, den sie oftmals als „Dienstfahrzeug“ von der Steuer absetzen.

Diese Zahlen zeigen nur an einem Beispiel, daß den Leuten mit wenig Einkommen noch genommen wird. Währenddessen werden die Ausgaben für Rüstung und sonstigen Unsinn ständig erhöht. Es ist genug Geld vorhanden, das nur richtig verteilt werden muß.

**Die SPD hatsich in der Opposition ein ganzes Stück verändert. Ob in der Raketenfrage, in der Wirtschafts- und Umweltpolitik oder in personeller Hinsicht — die SPD ist nach links gerutscht. Dies zeigt sich allerdings weniger in der Politik der Bundestagsfraktion als vielmehr in der Partei selbst.**

Auf dem Kölner Sonderpartei-tag der SPD letztes Jahr stimmten nur noch eine Handvoll Delegierter um Helmut Schmidt (überwiegend seine ehemaligen Minister) der Raketenstationierung zu.

Auch auf dem Essener Parteitag im Frühjahr drückte sich der Linksrutsch in den Diskussionen wie auch in der Zusammensetzung des neuen Vorstands aus. Erhard Eppler erhielt sein bisher bestes Wahlergebnis

Oskar Lafontaine konnte seine Stimmzahl deutlich steigern. Eine Reihe von Parteilinken rückte neu in den Vorstand ein:

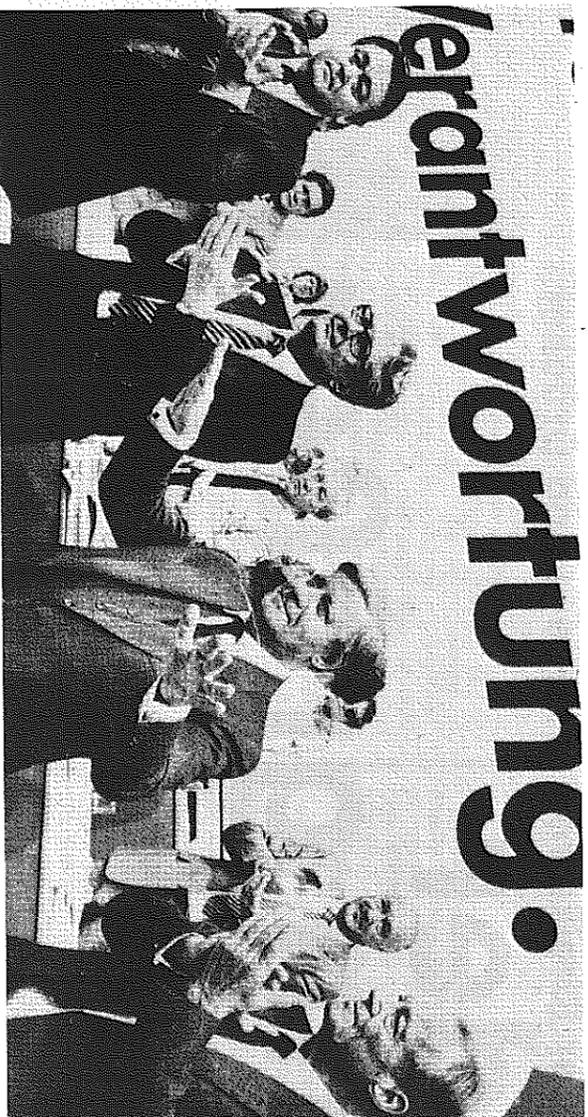
**Linksrutsch**

Anträge und Diskussionen zum Thema Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum hatten auf dem Parteitag auch ihren Platz — wenngleich sie noch nicht mehrheitsfähig sind. Doch ein wichtiges Zeichen setzte hier die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). Vor 10 Jahren vom Parteivorstand als „rechtes Gegengewicht“ zur damals sehr aufwüchtigen Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten von oben herunter gegründet, verabschiedete die AfA auf ihrem Kongreß zu Jahresbeginn die Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien.

Wenngleich der Essener Parteitag mehr programmatische Offenheit zeigte, so blieben doch viele Beschlüsse halberzig. Zwar beschloß man die Forderung nach Einfrieren der Rüstungsausgaben auf dem Stand des letzten sozialdemokratischen Haushaltsentwurfs für 1983 (19,3% der Gesamtausgaben — was schließlich auch schon zu hoch ist). Doch gleichzeitig beschloßen die Delegierten die Stärkung der konventionellen Aufrüstung — zur Überzeugen „defensiven Abschreckung“. Auch in der Wirtschaftspolitik wurde keine Abkehr von alten Rezepten vollzogen. Man einigte sich auf verstärkte Forderung der Modernisierung und des Strukturwandels der sogenannten „Altindustrien“. Modernisierung auf kapitalistischer Grundlage? Genau das führt ja gerade zu Massenarbeitslosigkeit und sinkendem Lebensstandard, der unter keiner Regierung vom Staat aufgefangen werden kann.

**Wirtschaftspolitik**

Zum Arbeitskamt um die 35-Stunden-Woche beschloß man Solidarität — doch bei der praktischen Umsetzung haperte es. Im Bundestag blieb es den Grünen überlassen, eine Diskussion zur 35-Stundenwoche und einem Gesetzeseinwurf zum Aussperungsverbot einzubringen. Der Parteitag begnügte sich mit der Forderung nach „Ächtung der Ausspernung“ und zeigte sich überdies wenig erbaut vom Streik der Drucker während des Parreitags. Während die Basis und örtliche Funktionäre zu „Werkstoraktionen“ aufgefordert wurden, damit „Streikposten und Streikkleitungen das Bewußtsein vermitteln bekommen, daß sie von der Sozialdemokratie unterstützt werden“, mußten Streikposten und Streikkleitung der IG Essen erfahren, daß der Parteivorstand trotz Proteste eine Teil-



**Verantwortung.**

**Sozialdemokratie**

**Halbherziger Linksruck**

„Der leichte Ruck nach links in der SPD hat bisher nicht zu einem größeren Rückfluß verlorengegangen“

**Bruch mit Vergangeneheit**

Der leichte Ruck nach links in der SPD hat bisher nicht zu einem größeren Rückfluß verlorengegangen. Wähler zur Partei geführt, wie die Europawahlergebnisse zeigen. Kein Wunder — vor allem Jungwähler sehen die „Wende“ der Parteispitze, z.B. in der Raketenfrage, eher als wahltaktisches Manöver. Wohl nicht zu Unrecht. Bisher hat die Partei noch nicht deutlich und offiziell mit ihrer Politik in den letzten acht Jahren der sozialliberalen Ära gebrochen, einer Politik von Abbau, Streichungen, Kürzungen. Im Gegenteil — Hans Jochen Vogel stellte sich in die „Kontinuität“ Schmidtscher Politik. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der bisher lahmen Oppositionspolitik der Bundestagsfraktion bleibt die Glaubwürdigkeit auf der Strecke.

Wenn die SPD eine echte Alternative zur Regierung und auch zu den Grünen aufzeigen will, muß sie sich klar von der Politik der kapitalistischen Krisenverwaltung zu Lasten der Arbeiterklasse in der Vergangeneheit distanzieren. Sie muß Koalitionen mit jeder bürgerlichen Partei — auch für sogenannte „Notstandszeiten“ — ein für allemal zurückweisen.

**Sozialistische Alternative**

Modernisierung der Wirtschaft, Strukturwandel, Nutzbarmachung der Technik für den arbeitenden Menschen, Arbeitszeitverkürzung — das alles ist nur möglich, wenn das Eigentum an Produktionsmitteln nicht mehr in den Händen weniger liegt. Die Gesellschaft kann nur das kontrollieren, modernisieren und umstrukturieren, was ihr auch gehört — und nicht einer Handvoll von Aktionären, deren einziges Sinne und Streben Profit und Dividende sind. Überführung der Mehrheit der Wirtschaft — das sind rund 200 Großkonzerne, Banken und Versicherungen — in Gemeineigentum daher keine „langfristige“ Forderung, sondern das Gebot der Stunde, wenn wir nicht weiter in Massenarbeitslosigkeit und Verarmung abrutschen wollen.

jedoch nicht aus. Die Verwaltung der Betriebe darf nicht einfach von den Händen privater Manager in die von Staatsbürokraten überwechseln, sondern muß in die Hände der Arbeiter selbstgelegt werden. Denkbar wäre eine Lösung, in der Belegschaft, Gewerkschaften und Staat zu gleichen Teilen an der Führung der Unternehmen beteiligt sind. Auf diese Weise könnten sowohl die Interessen der unmittelbar Betroffenen, der Arbeiterbewegung insgesamt und die staatliche Rahmenplanung einfließen.

- Fortlaufende Arbeitszeiterkürzung bei vollem Lohnausgleich — entsprechend dem technischen Fortschritt
- 1.500 DM Mindestlohn für alle
- Anhebung der Renten
- Ausbau der sozialen Sicherung und des Bildungswesens

**Juso-Bundeskongreß**

**Von unten her erneuern**

Um die Jungsozialisten ist es in den letzten Jahren ruhig geworden. Besonders unter dem Vorsitz von Rudolf Hartung. Vorbei die Zeiten, da den Jusos der Ruf der linken Opposition der SPD voraussetzte. Jetzt ist es die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerrfragen in der SPD (AfA), die am energischsten die Sozialisierung der Großkonzerne fordert. Nicht die Jusos, sondern Oskar Lafontaine stellt die NATO in Frage.

Die Altfunktionäre an der Spitze sind müde geworden. Zum Glück gibt es die Altersgrenze von 35 Jahren, sonst hätten wohl längst einige kahlköpfige Geisse die Führung der Jung-Sozialisten inne.

Und dabei ist es gerade heute nötig, daß die Jusos Jugendliche ansprechen und organisieren, denen die CDU-Regierung keine Zukunft bietet. Tausende Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz brauchen dringend eine soziale Alternative zum bestehenden kapitalistischen Chaos. Auf den letzten Kongressen wurde hitzig über ein Wirtschaftsprogramm debattiert. Jetzt verstaubt das dicke Dokument, das viele gute Forderungen

**Juso-Bezirkskonferenz Arbeitskampf kein Thema**

Juso-Konferenzen — so sollte man meinen — werden zur Orientierung des Verbandes abgehalten. So war zu erwarten, daß die letzte Bezirksdelegiertenkonferenz (BDK) Niederrhein sich mit aktuellen politischen Themen beschäftigen würde. Aber weder der Streik um die 35-Stundenwoche und das Ergebnis, noch der für die SPD enttäuschende Ausgang der Europawahl waren einen Tagesordnungspunkt wert. Denn, es mußten verschiedene Wahlen durchgeführt werden: und wer welche Position ergattert ist natürlich von größerer Tragweite als z.B. die Konsequenzen, die sich für die Jusos daraus ergeben, daß den Grünen hauptsächlich Stimmen junger Wähler zufließen.

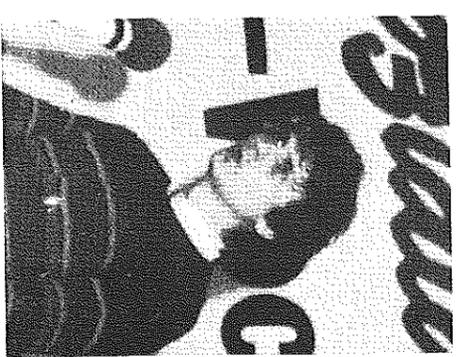
Einzig eine Genossin schien sich für das Verhältnis zwischen grünen und Juso-Positionen zu interessieren: „Eigentlich bin ich eine Grüne bei den Jusos, aber würde ich in die Grünen eintreten, wäre ich dort ein Juso.“ So faßte sie die politische Verunsicherung zusammen, von der sicherlich nicht nur sie betroffen ist.

Was die Tarifrunde anbelangt, so meinten besonders die für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zuständigen Vorstandsmitglieder, den Kommunisten kritisch unterstützen zu müssen. Daß die Aktivisten des Streiks ihre Führung mit Nachdruck aufgefördert hatten, dem Schlichtungsanspruch nicht zuzustimmen, war offensichtlich nicht bis zu den Jusos durchgedrungen: Dieses Problem sei eine rein innergewerkschaftliche Angelegenheit und die große Tarifkommission wisse schon, was sie tun! Im Rechenschaftsbericht des alten Vorstands wurde übrigens bemängelt, daß die Jusos zuwenig eigenständige kritische Positionen entwickelten...

Der einzige Antrag, der Bezug auf die Europawahlen nahm und Konsequenzen für die zukünftige SPD-Politik forderte, war eine Resolution unteres Unterbezirkes. Diese kam jedoch nicht zur Beschlußfassung: langwierige Geschäftsordnungsdebatten führten dazu, daß Initiativtritte zu einem Zeitpunkt abgehandelt wurden, da nur noch ca. die Hälfte der Delegierten anwesend waren.

Die Remscheider Delegierten wollten wenigstens noch einen Protest zu der von Streikbrechern gedruckten SPD-eigenen ZAS verabschieden lassen. Aber auch dazu konnte man sich nicht durchringen: Man fand dieses Ansinnen höchst lächerlich und eignete sich auf Nichtbeachtung

lris Cirkel-Kuhmann, Olaf Meindl, Delegierte Unterbezirk Remscheid



Ulfi Skirke, neuer Juso-Vorsitzender

ausgetauscht worden war. Anstehende Probleme sollen jetzt rein formal gelöst werden, wie mit der 30%-Quotenregelung für Frauen in Vorstandsfunktionen.

Auch die Jusos müssen von unten her erneuert werden, um wirklich zu einem Kampferband der arbeitenden und lernenden Jugend für den Sozialismus zu werden!

**Leo Schiffer, Aachen**  
**Vorsitzender, Juso-Ag-Mitte**

Bilanz und Lehren der Streiks von Metallern und Druckern

# Erst der Beginnen großer Klassenkämpfe

## Bei voller Mobilisierung wäre viel mehr dringewesen

Bei der wichtigen Rolle die die BRD in der Weltwirtschaft spielt, bekommen solche Streiks internationale Bedeutung. Die BRD ist das volkreichste und wirtschaftlich stärkste Land in Westeuropa. Hinter den USA, der Sowjetunion und Japan ist sie der viertgrößte Industriestaat der Welt. 10% der weltweiten Industrieproduktion entfallen auf sie. Hinter den USA war sie 1983 der zweitgrößte Exporteur der Welt.

### Internationale Auswirkungen

Ganz egal wie diese Streiks geendet haben, sie haben international - bei Arbeitern wie Unternehmern - Aufsehen erregt. Die Deutschen genießen den Ruf als hart arbeitende, sensible Menschen, aber sie tun alles, um dieses Image zu zerstören", schrieb das amerikanische „Wall Street Journal“ schon zum Streikbeginn (15. Mai). Zur gleichen Zeit griffen die Führer der großen französischen Gewerkschaften CGT und CFTD wieder die Forderung nach 35-Stunden-Woche auf, ebenso der rechte sozialistische Ministerpräsident Mauroy.

## Wir hätten voll streiken sollen

**Während des Streiks sprach unsere Korrespondentin Barbara Kirschbaum mit Hermann, 24, Arbeiter bei Bauer-Druck in Köln:**

Bei uns waren am Anfang 96% der Belegschaft für den Streik, jetzt ist schon ein Drittel dagegen. Das liegt an dieser Streiktaktik, die die Gewerkschaft benutzt hat. Wir hätten voll streiken sollen. So haben wir ein paar Tage, höchstens mal ne Woche gestreikt, und danach mußten wir soviel arbeiten, daß die ganze Produktion doch wieder stand. Daß das so stückchenweise nichtgeht, denken jetzt alle.

Erst nach drei Wochen Vollstreik hätte der Bauer das gemerkt, denn z.B. die Fernsehzeitschriften werden zwei Wochen im Voraus produziert.

Auch der Betriebsrat kritisiert die Streiktaktik. Zwischen den Streikphasen sind die Maschinen volle Tour gelaufen, du konntest keine Zigarette rauchen oder mal nen Kaffee trinken. So haben die alles wieder reingekriegt.

Mit großer Begeisterung verfolgten auch Arbeiter in den Benelux-Ländern Italien und Österreich den Streik. Delegationen von hauptsächlich jüngeren Gewerkschaftern aus den Nachbarländern besuchten Streikposten und die Bonner Solidaritätsdemo am 28. Mai.

Die Arbeiter fast in der ganzen DDR konnten den Verlauf des Streiks über Westermesen verfolgen.

### Kämpferische Traditionen

Vor dem ersten Weltkrieg war die deutsche Arbeiterklasse die stärkste und am besten organisierte Abteilung der internationalen Arbeiterbewegung. Wegen einer falschen und unzulänglichen Führung jedoch endete die Revolution von 1918-23 in Niederlagen, welche die Basis für den Aufstieg des Faschismus schufen. Hitlers Machtverleihung 1933 bedeutete die systematische Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen. Zusätzlich schwächte die Teilung Deutschlands ab 1945 die eine mächtige Arbeiterbewegung. Durch den starken Wirtschaftsaufschwung seit Anfang der 50er Jahre konnte sich der Kapitalismus Zugeständnisse an den Lebensstandard der Arbeiter leisten. Erst jetzt, über 50 Jahre nach Hitlers Sieg, ist eine neue, frische Generation in der Arbeiterbewegung herangewachsen, die nicht mehr von den verheerenden Niederlagen und Erfahrungen der Väter und Großväter geprägt ist. Die diesjährige Streikbewegung ist erst der Anfang einer Serie von Kämpfen, in denen die alten Traditionen der Arbeiterbewegung wiederentdeckt werden.

### Vollstreik nötig

Der IG Metall-Apparat versuchte von Anfang an, der Basis die 38-Std.-Woche schmackhaft zu machen und hoffte, die Unternehmer durch gezielte „Nadelstichtaktik“ rasch zu Zugeständnissen zu bewegen. Durch Schwerpunktstreiks bei einigen Zuliefererbetrieben sollte die ganze Automobilindustrie lahmgelegt werden, ohne daß dafür die Streikkasse herangezogen werden mußte (Minimax-Taktik: mit minimalem Aufwand maximale Wirkung erzielen). Doch die (zu erwartende) Aussperrung und die rasche Weigerung der Bundesanstalt für Arbeit, kalt Aussperrte finanziell zu unterstützen, schuf dann eine Situation, in der das Kapital mit allen Kräften eine Spaltung der Metaller in Streikende, Arbeitende, Aussperrte und kalt Aussperrte herbeizuführen versuchte. Wenn auch Streikende und (heiß) Aussperrte gleichermäßen Anspruch auf

gewerkschaftliche Streikunterstützung haben, so ist es doch für die Stimmung und das Bewußtsein ein wesentlicher Unterschied, ob die Kollegen (aktiv und offensiv) streiken, oder ob sie als (passives) Opfer der Aussperrung vor den verschlossenen Türen stehen. Bis auf Kundgebungen und das „Anbieten der Arbeitskraft“ wurde vom IG Metall-Apparat nichts unternommen, um aktiv gegen die Aussperrung vorzugehen. Die Betriebsbesetzung der Filterfabrik Knecht in Lorch kam auf die Initiative der Belegschaft zustande.

Im Laufe der ersten Streiktage sahen mehr und mehr Kollegen die Notwendigkeit, den Streik auszuweiten. Je mehr Kollegen aktiv in den Streik einbezogen werden, desto erfolgreicher und kürzer der Streik.

Ein vom Gewerkschaftsapparat ernsthaft vorbereiteter unbefristeter Vollstreik aller Mitglieder in den bestreikten Bezirken, notfalls auch bundesweit, begleitet von einem 24stündigen Generalstreik, wäre notwendig gewesen. Dies hätte den Unternehmern zeigen können, daß es die Gewerkschaftsspitze wirklich ernst meint und hätte zum Durchbruch geführt.

Schließlich hatten IG Metall und DGB fünf Jahre Zeit, um durch systematische Mobilisierung der eigenen Funktionäre, der breiten Mitgliedsbasis, der Arbeitslosen und der ganzen Bevölkerung (Hausfrauen, Rentner, Studenten...) den Boden für einen erfolgreichen Streik zu bereiten. Etwaige terminliche Hindernisse wie Ostern oder die Sommerferien waren auch schon vorher bekannt. IG Metall und IG Druck und Papier hätten einen koordinierten Vollstreik organisieren können und als Ersatz für die bestreikte bürgerliche Presse eine eigene Tageszeitung herausbringen sollen - als mächtige Waffe gegen pro-kapitalistische Stimmungsmache. Wären die Unternehmer wirklich überzeugt gewesen, daß es die Gewerkschaftsführer ernst meinen, dann hätten sie vielleicht schon ohne Forderungen den Streik in die Wege zu verhängen. Jedenfalls hätte auch ein gut vorbereiteter bundesweiter Generalstreik den Metallern und Druckern mächtig Auftrieb gegeben und den Kollegen aus allen Branchen gezeigt, wer die eigentliche Macht in der Gesellschaft ist, nämlich die Arbeiterbewegung.

In anderen wichtigen Tarifbezirken (wie Nordrhein-Westfalen und Hamburg) war die nötige Kampfbereitschaft vorhanden und nachher die Enttäuschung unter den Aktivisten umso größer, als sie doch nicht zu Urabstimmung und Streik aufrufen wurden.



### Ausweitung von unten

Am dritten Streiktag (16. Mai) kam es zu einer für den Vorstand völlig überraschenden Ausweitung des Streiks. Im Sindelfinger Daimler-Benz-Werk, wo es über 38.000 Beschäftigte gibt, kamen die Arbeiter der kalten Aussperrung zuvor und schlossen sich dem Streik an.

Doch in der Sitzung des IG Metall-Vorstandes wird der Antrag, den Daimler-Streik sofort offiziell zu unterstützen, abgelehnt. Bezirksleiter Eisenmann und Ortsbevollmächtigter Klaus Zwickel werden für ihr Auftreten auf der Sindelfinger Betriebsversammlung scharf gerügt. Erst ab Montag, 21. Mai, läßt der Vorstand den Streik als offiziell genehmigt gelten!

Die Initiative der Daimler-Kollegen wird zwar von aktiven Gewerkschaftlern allgemein begrüßt, doch nach der Einberufung von 33.000 hessischen Metallern kommt es zu keiner weiteren Ausweitung des Streiks!

### Worte statt Taten

Am 28. Mai deutet zwar der DGB-Vorsitzende Breit bundesweite Solidaritätsmaßnahmen aller DGB-Gewerkschaften an, aber den Worten folgen keine Taten. Nach zwei Streikwochen

## Streik-Stimmung

**VORAN-Korrespondentin Maria Clara Roque berichtete während des Streiks aus Hessen:**

Bei Opel in Rüsselsheim war die Stimmung in den ersten Streikwochen einfach mitreißend. Jeden Morgen gab es neue Begrüßungsszenen für die Streikbrecher, von schweigend, freundlich lächelnd bis tief in die Augen blickend. Über Megaphon wurden die neuesten Mittelungen bekanntgegeben.

Die Beteiligung an den Toren war sehr gut, ca. 1.000 Streikposten täglich an jedem Tor.

Nach einigen Wochen lief es aber anders. Bei vielen hat sich etwas Resignation breitgemacht, denn „man ist dazu verdammt, dümm in der Gegend herumzustehen, ohne den Einlaß von

scheint die Spitze von IG Metall und DGB mit der Bonner Kundgebung alle Register gezogen zu haben. Die Arbeitgeber, so scheint es, kennen die Gewerkschaftsführer als Sozialpartner recht gut und trauen ihnen eh nicht mehr zu, daß sie einen handfesten Voll- und Generalstreik auf die Beine stellen. Sie blieben stur. Darauf fällt der Streikleitung und dem IG Metall-Vorstand schließlich nichts anderes ein, als wiederholt zu Demonstrationen, Kundgebungen und Warnstreiks aufzurufen.

Doch eine solche Waffe, die im Vorfeld des Streiks nützlich war, wird allmählich ausgeleert und stumpf. Kollegen, die sich viel eher einem heißen Streik anschließen würden, halten bloße Warnstreiks für sinnlos und beteiligen sich gar nicht daran. Für den Gewerkschaftsapparat ist dies dann stets ein Zeichen dafür, daß „die gar nicht streiken wollen“.

Der Bezirksleiter Eisenmann macht jetzt ein Kompromißangebot nach dem anderen - das eine schlechter als das vorhergehende. Schon am 27. Mai signalisiert er die Bereitschaft, auf den Lohnausgleich und eine rasche Einführung der 35-Stunden-Woche zu verzichten. Schließlich bietet er 35 Stunden ab 1989

Streikbrechern verhindern zu dürfen. „Dieser Kollege sagt, was viele denken.“

Am schlimmsten, klagen die meisten, ist das Fehlen von Streikversammlungen. Die Notwendigkeit, über das Vorgehen gemeinsam zu diskutieren und genauere Informationen zu erhalten, liegt spürbar in der Luft. Bei einem Filmabend entfachte sich eine glühende Diskussion. Viele fühlen sich von der Gewerkschaftsführung allein gelassen. „Es fehlt an knackigen Ideen“, sagt ein junger Vertrauensmann, „...wenn schon gekämpft wird, dann aber richtig, und nicht so kleckerweise!“

Eine Kampfbereitschaft wie bei den Opel-Kollegen schwand nicht so schnell. Sie muß aber erhalten bleiben und darf nicht bewußt gedämpft werden, wie es schon so oft der Fall gewesen ist.



Druckbetrieben bundesweit den unbefristeten Streik aus!  
**„Die Kasse schonen“ - wie lange noch?**

Ein Hauptargument der Gewerkschaftsführung gegen die Forderung nach Vollstreik ist stets der Hinweis auf die Kasse. Nach Auskunft Hans Mayrs hat dieser Streik die IG Metall eine halbe Milliarde Mark gekostet. Doch nach über fünf streiklosen Jahren dürfte sich genug Geld angehäuft haben, um einen schlagkräftigen und daher kurzen Vollstreik durchzusetzen.

Die britischen Bergarbeiter streiken seit März ohne einen Penny an offizieller gewerkschaftlicher Unterstützung. Die paar Pfund Sozialhilfe würden fürs Überleben nicht ausreichen, aber durch Geld und Sachspenden aus der gesamten Arbeiterbewegung können sich die Kumpels über Wasser halten.

Wie die sportanen Spendensammlungen bei jedem Streik und jeder Betriebsbesetzung in der BRD zeigen, stecken in unserer Arbeiterbewegung und der ganzen Bevölkerung große Reserven für materielle Solidarität. Durch einen entschlossenen Kampf mit einer offensiven Führung könnten solche Reserven leicht in zig Millionen an Spenden umgesetzt werden! Außerdem: Wenn Geld für die Neue Heimat da ist, dann muß für einen so entscheidenden Streik erst recht genug Rücklage vorhanden sein.

**Schlichtung**

So vergingen seit Ende Mai Wochen der Ungewißheit, in denen die IG Metall-Spitze auf Wunder hoffte und entsetzt erkennen mußte, daß die Unternehmer sie mit ihren Kompromißvorschlügen glatt abblitzen ließen. Schließlich sah sie keinen anderen Ausweg mehr als den Ruf nach der Schlichtung unter Georg Leber, der in SPD und Gewerkschaft schon immer an rechten Flügel angesiedelt war.

Inzwischen hatte auch das Kapital erkannt, daß ihre Hoffnungen, der IG Metall das Rückgrat zu brechen, nicht in Erfüllung gingen. Und allmählich mußte auch die exportorientierte deutsche Automobilindustrie befürchten, durch einen noch länger andauernden Streik sorgfältig aufgebaute Marktanteile zu verlieren und den Anschluß an den internationalen Aufschwung zu verlieren.

Für den 26. Juni hatte der DGB noch einmal bundesweite Solidaritätskundgebungen (nach Feierabend) organisiert - diefen des alten Tarifvertrages), 2% Tarifierhöhung ab 1.4.85 bei 12monatiger Laufzeit.

4. Vorruhestandsregelung ab 58 Jahren mit Einkommensverlust.

Was bedeutet dieser Kompromiß?

Es gibt keine allgemeine, kollektivvertragliche 38,5-Stunden-Woche für alle. Somit ist der Keim da für eine Spaltung zwischen Kollegen, Abteilungen und Betriebschaften. Der schwarze Peter wird dem Betriebsrat zugeschoben. Es wird nun zahlreiche Konflikte in den Betrieben geben.

Es fehlt ein Stufenplan mit dem klaren Ziel der 35-Stunden-Woche.

Die ausgehandelten Tarifvertröhungen reichen nicht aus, um den Reallohn zu sichern. Mit 250,- DM für 4 Monate kommt keiner hin, und mit den prozentualen Erhöhungen auch nicht. Denn sie betreffen ja nur den Tariflohn, der höchstens drei Viertel des Effektivlohns ausmacht.

Gewerkschaften im Nachbarland Belgien gingen da mit einem vierstündigen Solidaritätsstreik schon weiter!

Und ausgerechnet am selben Tag wurde der Schlichtungsvorschlag aufgetischt - „Leberkäs“ oder „Lebertran“, wie es viele Kollegen ausdrückten - und damit das Streikende eingelötet.

Der hohe Anteil von Nein-Stimmen zeigt, daß viele Kollegen (vor allem die Aktiven) zum Weiterkämpfen bereit waren, nach dem Motto: Wenn schon kämpfen und Opfer bringen, dann auch richtig und bis zum Ende durchstehen!

Bei aller Enttäuschung über den mageren Kompromiß gilt es festzustellen, daß Unternehmer und Bundesregierung ihr Ziel, die 40 Stunden-Woche um jeden Preis zu halten und die Gewerkschaften in die Knie zu zwingen, nicht erreicht haben.

**Wie geht es weiter?**

Daß es jetzt zu Massenaustritten aus der IG Metall kommt, ist unwahrscheinlich. Bei aller Wut über eine lasche Führung wissen die meisten Gewerkschaftsmitglieder, daß sie ohne Gewerkschaft den Unternehmern völlig ausgeliefert wären.

In den Metallbetrieben wird es genügend Konfliktstoff und Druck auf die Betriebsräte geben, wenn jetzt die konkrete betriebliche Umsetzung der tariflichen 38,5-Stunden-Woche ansteht. Und wenn ab 1985 wieder die nächste Wirtschaftskrise ins Haus stent, werden die angebrohten Massenentlassungen und Betriebseschließungen zu neuen Kämpfen bis hin zu Betriebsbesetzungen und möglicherweise örtlichen und regionalen Generalstreiks führen. Eine neue fünfjährige „Streikpause“ der IG Metall (wie nach dem Stahlstreik 78/79) ist jetzt ausgeschlossen.

**In der Praxis lernen**

Jeder Streik stellt Gewerkschaften, Organisationen, Programme, Perspektiven, Strategien und jeden einzelnen auf die Probe. Insofern war dieser 50tägige Streik für alle aktiv Beteiligten lehrreicher als zehn Jahre gewerkschaftlicher Bildungsarbeit.

Die kritische Stimmung nach dem Streik wird sich in den nächsten Monaten und Jahren innergewerkschaftlich niederschlagen. Aktivere, offensive und jüngere Kollegen werden verstärkt in den Vertrauenskörpern, Betriebsräten, Jugendvertretungen und den verschiedenen innergewerkschaftlichen Gremien vordringen und schlaffere, ältere Kollegen ersetzen. Der Kampf um eine schlagkräftige, d.h. demokratisierte Gewerkschaft wird jetzt so richtig beginnen.

So sollte beispielsweise die Tarifkommission stets mitgliedertöffentlich tagen, damit sich die Basis ein Bild davon verschaffen kann, wie sich ihre Vertreter verhalten. Bereits nach dem Stahlstreik ist die Forderung aufgestellt, daß der Posten des Bezirksleiters demokratisch wählbar sein soll (damit er nicht vom Vorstand abhängig ist, der ihn einsetzt und bezahlt). Außerdem sollten die hauptamtlichen Funktionäre nicht mehr verdienen als ein Facharbeiter der Branche (mit den üblichen Überstundenzuschlägen), damit sie in den Tarifverhandlungen wirklichauntnah wissen, worum es geht.

Die IG Metall ist mit ihren 2,5 Millionen Mitgliedern die größte und mächtigste Industriewerkschaft der westlichen Welt. Wenn ihre Mitgliedsbasis voll mobilisiert wird, kann keine Macht auf Erden sie mehr aufhalten...

**Hans-Gerd Öfinger**

**Jusos aktiv im Streik**

Bei den Jusos wird oft über die Arbeiterbewegung diskutiert. Wir verstehen uns als Teil davon. Darum war es für uns selbstverständlich, daß wir aktiv am Streik teilnahmen.

Aus einem Artikel in „Metall“ entstand die Idee, Roboter zu bauen. Unsere Roboter tragen die Aufschrift: „168 Stunden für die Roboter, 35 Stunden für die Menschen“.

Am 1. Mai war Generalprobe. Zusammen mit unseren Roboterteilnehmern wir Flugblätter. Auf diesen Flugblättern lassen wir die Roboter sprechen. Sie möchten nicht länger den Unternehmen dienen, weil sie wissen, daß es dann 1990 7 Millionen Arbeitslose gibt. Unsere Roboter sind dafür, daß die Arbeit, die sie uns abnehmen, den Menschen zugute kommt - durch Arbeitszeitverkürzung bei vollen Lohnausgleich. Deshalb fordern sie uns auf, für die 35-Stunden-Woche und für ein anderes Wirtschaftssystem zu kämpfen.

Unsere Roboter-Aktion kam sehr gut an. Wir erhielten Einladungen von Betriebsräten, am Tag der Urabstimmung vor ihren Betrieb zu kommen. Während des Streiks verlangten Streikposten unsere Roboter vor die Tore.

Um möglichst viele Jusos in die Aktivitäten einzu beziehen, wurde eine Telefonkette eingerichtet. Die Kette wird alsbald eingesetzt: am ersten Streiktag, 14. Mai, rückten wir morgens um 5 Uhr mit 16 Genoss(inn)en einschließlich zwei Robotern vor Kuhler-Behr in Feuerbach an. Von der Presse stark beachtet, fanden wir uns an den folgenden Tagen auf Zeitungsfotos wieder und abends sogar im Fernsehen.

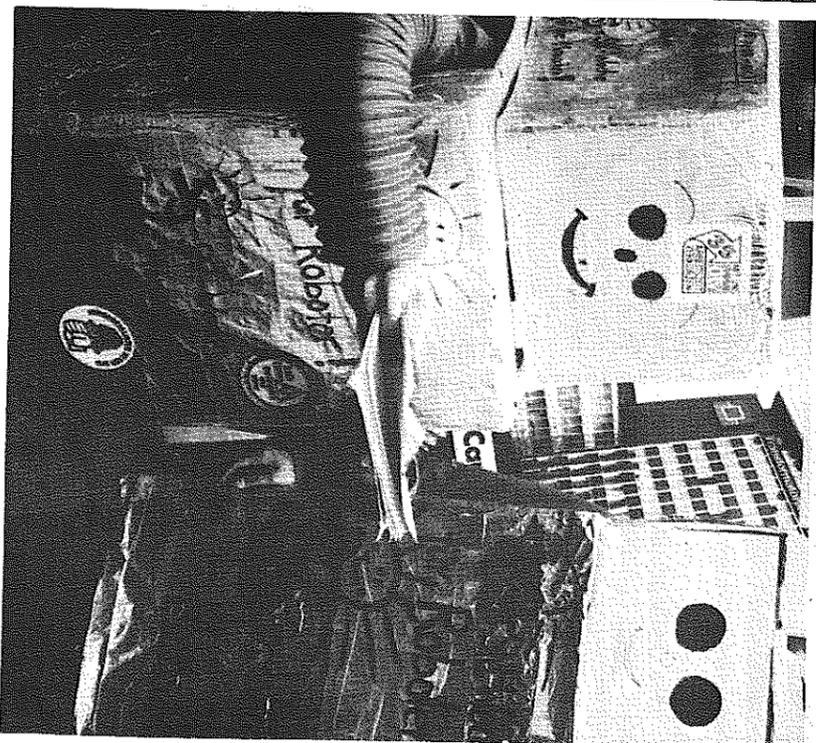
An den folgenden Tagen gingen wir je nach Kraft und Ausdauer vor andere Betriebe. Vor allem zu Mahle in Stuttgart-Cannstatt und zum Druckerturm. Die Kollegen freuten sich ausnahmslos über Besuch und Unterstützung, auch wenn die Berufstätigen Genoss(inn)en nur kurz vor der Arbeit kommen konnten. Kleine Aufmerksamkeiten, wie Kaffee und Tee wurden dankend angenommen und hoben die Stimmung. Auch unsere kurzfristige ins Leben gerufene Songgruppe (mit eigenen Texten) sorgte für Heiterkeit.

Zeitweise wurden wir regelrecht angefordert zum Streikposten-Stehen wenn es irgendwo nicht ausreichte. Und es war für uns selbstverständlich, zu jeder Tages- und Nachtzeit eine Streikposten-Einsatztruppe zu stellen. Das verschaffte uns großes Ansehen auch bei älteren Kollegen, die sonst von Jusos nicht so viel halten.

Parallel zu unseren Streikaktivitäten haben wir Themen zum Arbeitskampf für die AG-Sitzungen gewählt: Diskussion mit der Jungen Union zur 35-Stunden-Woche, Film über den Stahlstreik 78/79, Diskussion mit einem 79jährigen Gewerkschafter, Diskussion mit Streikposten der Metaller und Drucker, Rationalisierung.

Unsere Erfahrungen wollen wir gemeinsam auswerten mit Funktionären der Gewerkschaft und Aktivisten aus den Betrieben.

**Ursel Beck  
Hans Blunck  
Jungsozialisten  
Stuttgart-Mitte**



Kam gut an: Roboterkaktion der Stuttgarter Jungsozialisten.

**Eine unvergeßliche Nacht**

Stuttgart, 18. Mai 1984. In der Juso-Kneipe ist soeben durchgegeben worden, daß der Bezirkssekretär der IG Druck und Papier, Horst Bekel, überfahren worden ist, als er Streikposten stand. Sofort machen sich alle auf den Weg zum Tatort: zum Druckzentrum Stuttgart-Möhringen, wo die Stuttgarter Zeitung und die Stuttgarter Nachrichten gedruckt werden.

Leute da. Es werden immer mehr. Im Laufe der Nacht sollen es noch über 1.000 Gewerkschafter werden, die - über Telefonketten mobilisiert - eintreffen.

Nach und nach erfahren wir von Augenzeugen, was geschehen war: ein Klein-LKW hat Horst Bekel zweimal - einmal vorwärts, einmal im Rückwärtsgang - überrollt, und zwar auf einer Einbahnstraße in der verkehrten Richtung fahrend. Das kann kein Zufall sein. Da muß Absicht vorliegen haben.

Fortsetzung auf Seite 8



Käuferschlangen vor den Geschäften: Planungsfehler werden vertuscht

## Wie stehen Sozialisten zur Sowjetunion?

# Planwirtschaft

# erfordert Demokratie



Tschernenko, Gletsenführer im Kreaml

Die Ostblockstaaten nennen sich „Arbeiter- und Bauernstaaten“. In Großbritannien stehen die Bergarbeiter gerade in einem erbitterten Kampf gegen die konservative Regierung (siehe Artikel).

Dabei sehen sie sich konfrontiert mit Kohlelieferungen aus den „sozialistischen“ Staaten, die ihren Streik unterlaufen. Was soll man von solcher „Vorhut der Arbeiterklasse“, besonders der im Kreaml, halten? Hat sich mit der Wahl Tschernenkos etwas geändert?

Um die Wurzeln der heutigen sowjetischen Führung zu verstehen, ist es wichtig, die Geschichte zu untersuchen. Nach der russischen Revolution hatte die Sowjetunion nicht nur mit den Problemen eines durch den ersten Weltkrieg verwüsteten Landes zu kämpfen, sondern sie war zusätzlich noch gezwungen, mehr als 20 imperialistische Armeen aus Rußland zu vertreiben, die das Land zurück zum Kapitalismus zwingen wollten. Welt- und Bürgerkrieg forderten von dem ohnehin zahlenmäßig schwachen Proletariat sowie von den Bolschewiki, die die Revolution geleitet hatten, einen hohen Blutzoll. Hungernöte überfielen das Land und bremsten die Entwicklung. Was die Entwicklung aber am meisten bremste war die Tatsache, daß Rußland ein rückständiges Land war und die Revolution isoliert blieb. Revolutionäre Bewegungen in den entwickelten kapitalistischen Staaten scheiterten nach dem ersten Weltkrieg, so daß der junge Ar-

beiterstaat von dort keine Hilfe erhielt. Die Sowjetregierung war gezwungen, fast den gesamten alten zaristischen Staatsapparat für den Aufbau des Landes zu übernehmen.

### Stalinisierung

Und diese Bürokraten waren alles andere als loyale Sozialisten. Für Lenin und Trotzki, die beiden führenden Köpfe der Revolution, bestand der Kampf gegen den sich immer mehr verabsäuernden Apparat vor allem in ihrem Eintreten für die Fortsetzung der Revolution auf internationaler Ebene. Nachdem Lenin 1924 gestorben war, die Revolution im Westen ausblieb und Trotzki 1927 verbannt wurde, hatte sich ein starrer bürokratischer Machtapparat unter der Führung Stalins herausgebildet. Von dieser Position aus führte er eine Verfolgungs- und Austreibungskampagne gegen die alte Garde der Bolschewiki durch, deren Höhepunkt die Schauprozesse der 30er Jahre waren.

### Vorteile der Planwirtschaft

Das einzige, was Stalin von den Ideen und Errungenschaften der proletarischen Revolution von 1917 übrigließ, war die Planwirtschaft. Sie ermöglichte eine rasante Entwicklung vom halbfeudalen Agrarland zur zweitgrößten Industriemacht der Welt in 60 Jahren. In keinem kapitalistischen Land gab es eine ähnlich schnelle Wirtschaftsentwicklung. Die durchschnittlichen Wachstumsraten des Brutto sozialprodukts betragen vor 1939 rund 20%. (In den letzten 20 Jahren sanken die Raten allerdings auf durchschnittlich 3%.) In vielen Produktionsbereichen hat die Sowjetunion die USA sogar überholt, z.B. bei Öl und Stahl.

Der Hauptgrund für die Abwärtsentwicklung liegt in der Bürokratie, die vor allem jetzt, wo die Sowjetunion ein hochentwickeltes Industrieland ist, ein Klotz am Bein der russischen Wirtschaft ist.

## Großbritannien

# Liverpool und Bergarbeiter

Die deutsche Presse lügt nicht immer — manchmal (ver-)schweigt sie auch. Vom Kampf der Bergarbeiter in Großbritannien hörte man so gut wie nichts, zumindest nicht, solange der Streik der Drucker und Metalller in der BRD anhält.

Unser Mitarbeiter Stuart Garvie berichtet:

Freundliche „Bobbies“, glückliche Unterthanen, die ihre Königin lieben, das Mutterland der Demokratie — so werben die Reibebüros. Die Realität sieht aber anders aus: brutale Straßenkämpfe zwischen Polizei und Arbeitern, in den Kohlerevierern Hunger und Hag.

Auf Befehl von Thatcher provozierte die staatliche Kohlebehörde NCB diesen Arbeitskampf im März dieses Jahres. Der Plan der Kohlebehörde sieht vor, noch einmal die Hälfte aller Arbeitsplätze im Bergbau zu vernichten. In diesem Jahr allein 20.000. Voraussetzung dafür ist die Zerschlagung der starken Bergarbeitergewerkschaft NUM, traditionell das Rückgrat der britischen Arbeiterbewegung.

### 85% im Streik

Zuerst streikten die Zechen, die unmittelbar von Schließung betroffen sind. Sie schickten „fliegende Streikposten“ in andere Reviere, um die dortigen Bergarbeiter ebenfalls zum Streik zu bewegen. Das Ergebnis ist inzwischen: ein Streik von rund 85% aller Kollegen. Die Argumente der Streikposten waren klipp und klar: streikwürdig seien sie auch nicht; aber nicht zu streiken und nicht zu siegen hieße Massenarbeitslosigkeit und Verelendung der Kohlereviere.

Streikgeld gibt es nicht. Eher Frauen und Kinder bekommen eine kleine Unterstützung vom Sozialamt. Die Bergarbeiter selbst erhalten 1£ (= 4 DM) am Tag, aber nur, wenn sie Streikposten stehen. Daß Streikende mit ihren Familien nicht verhungert sind, ist das Verdienst der Bergarbeiter-Frauen. Sie haben Unterstützungskomitees gebildet, Geld und Lebensmittel gesammelt.

Ohne diese Frauen und ohne die Solidarität der restlichen Arbeiterbewegung wäre ein Kampf undenkbar.

Aufklärungsarbeit über die wahre Natur des bürgerlichen Staates leisten Thatcher und ihre Polizei besser und handgreiflicher als alle Marxisten zusammen (Marx eingeschlossen). Im größten Polizeieinsatz der britischen Nachkriegsgeschichte sorgte sie für bürokratieähnliche Zustände: Straßensperren auf der Autobahn, um fliegende Streikposten zu stoppen (eigentlich illegal), Besetzung ganzer Dörfer und Städte durch die Polizei, Ausgangssperren, Einsatz von Polizeispitzen und -provokateuren bei den Streikposten, die mehrmalige Verhaftung des Bergarbeiterführers Arthur Scargill.

### Liverpool

Gleichzeitig läuft ein weiterer „Krieg“ an der Liverpooler Front, nämlich zwischen Thatchers Regierung und dem dortigen Labour-Stadtrat. Die Liverpooler Labour Party (eine politische Hochburg der Marxisten in der Partei um die Zeitung MILLTANT) hielt ihre im Kommunalwahlkampf gegebenen Versprechungen und schaffte u.a. 1.000 neue Arbeitsplätze sowie viele neue Sozialwohnungen. Um diese Maßnahmen finanzieren zu können, weigerte sie sich, die von London verordneten Kürzungen durchzuführen und legte einen unausgeglichenen Haushalt vor. Trotz der Drohungen, den Stadtrat aufzulösen, die Ratsmitglieder durch Strafzahlungen und Verhaftung persönlich zur Verantwortung zu ziehen und staatliche Kommissare einzusetzen, weicht die Labour Party nicht zurück, sondern mobilisiert die Bevölkerung in Demonstrationen, Streiks und Unterstützungskomitees hinter sich.

Die Augen aller Arbeiter in Großbritannien ruhen auf dem Kampf der Bergarbeiter und der Liverpooler. Wenn sie sich durchsetzen, wäre dies ein Riesenfortschritt für die ganze Arbeiterklasse und eine Niederlage für die herrschende Klasse; der Kampf um ein sozialistisches Großbritannien hätte eine neue Ebene erreicht.



Brutaler Polizeieinsatz gegen Streikende

Jakob Meindorf, Köln  
SPD- und QTV-Mitglied

## Europäische Gemeinschaft

# Aggrarmarkt am Ende

**Mit 56,8% war die Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 17. Juni so gering wie noch nie bei einer bundesweiten Wahl. Mehr noch als alle anderen Parlamente ist das Europaparlament eine abgehobene Schwatzbude, deren Beschlüsse so gut wie keine Auswirkungen haben. Die EG ist ein Schönwetterverein, der jetzt wieder auseinanderbröckelt. Eine Archilverse der EG ist die Landwirtschaft.**

„Vor drei Jahren wurde mir vom landwirtschaftlichen Berater gesagt, ich solle meinen Kuhstall ausbauen und die Herde aufstocken — der Bau würde mit Zuschüssen unterstützt. Heute soll ich nur noch so viel Milch abliefern wie 1981. Ich habe alles getan, was die Berater sagten: Jetzt bin ich am Ende.“ Diese Reaktion eines Bauern zeigt die ganze Idiotie des EG-Agrarmarktsystems.

Bevor die EG gegründet wurde, hielten sich alle Nationen eine mehr oder weniger kostspielige Landwirtschaft. Vor allem aus rein nationalen Gründen, um Krisen oder Kriegen vorzubeugen. Keine Regierung wollte von ausländischen Nahrungsmitteln abhängig sein. Subventionen flossen also immer schon in die Landwirtschaft. Einzige Ausnahme sind Länder mit ehemals vielen Kolonien, z.B. England: billige Nahrungsmittel werden aus Übersee importiert.

### Gesteigerte Produktivität

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte auch in Europa ein gewaltiger Produktivitätsfortschritt ein. Wie für die übrigen Wirtschaftszweige auch, wuchs die Bedeutung der Exportmärkte für die Landwirtschaft. Die Grenzen in Europa wurden zum Hindernis. Und weil alle Nationen ihre Bauern ohnehin schon unterstützen, schien die Verwirklichung des „grenzenlosen Europa“ auf dem Gebiet der Landwirtschaft am einfachsten. Ausserdem konnte man sich gemeinsam viel wirkungsvoller vor den billigeren Agrarländern auf dem Weltmarkt schützen.

Mit der Gründung der EWG entstanden in den 60er Jahren nach und nach sogenannte Marktordnungen für Getreide, Milch, Milcherzeugnisse, Rindfleisch... Den Bauern wurde die Abnahme aller Erzeugnisse zu festen Preisen garantiert. Was nicht verkauft werden konnte, wurde von der EWG/EG aufgekauft (sogenannte Intervention). Die Preise werden alljährlich von den Agrarministern ausgeschrieben.

Das bedeutet jedoch nicht, daß den Bauern von nun an ein sorgenfreies Leben beschert wurde. Weiterhin kämpfen sie mit steigenden Betriebsmittelkosten, die Erzeugerpreise blieben zu-

rück. Seit 1950 schieden allein in der BRD 3,7 Millionen Erwerbstätige aus der Landwirtschaft aus. In keinem anderen Wirtschaftszweig verloren so viele Menschen ihren Arbeitsplatz. Und natürlich waren es die Kleinbauern, die aufgeben mußten.

Vor allem in Süddeutschland entstanden so die sogenannten „Arbeiterbauern“, tagsüber in der Fabrik, in der „Freizeit“ auf dem Feld. Allein in Baden-Württemberg sind ca. 50% aller Betriebe Nebenberufswirtschaft.

eigentlich seit 1980 schon existieren) zerplatze. Zum Ausgleich entstand der Grenzausgleich, heute Zankapfel zwischen den Regierungen: deutsche Butter wird bei der Ausfuhr bezuschußt, französische bei der Einfuhr verbilligt.

Die Zuschüsse an die Bauern werden über die Erzeugerpreise gezahlt: wer viel produziert, kriegt auch viele Subventionen. Was Wunder, daß gerade die Großbetriebe mit ihrer Lobby (Präsident Heeremann vom



... während in den Slums der Dritten Welt Hunger herrscht.

### Krise

Solange noch Arbeitsplätze in anderen Branchen frei waren, ging die Entwicklung relativ lautlos. Spätestens seit 1969 haben sich die Widersprüche dauernd verschärft. Nach und nach gerieten alle EG-Länder in den Sog der Wirtschaftskrisen. Die Währungen veränderten sich laufend zueinander, der Traum von der einheitlichen Währung in Europa (Währungsunion, sollte

Deutschen Bauernverband be sitzt 500 hat) nicht an einer Änderung der Marktordnung interessiert sind.

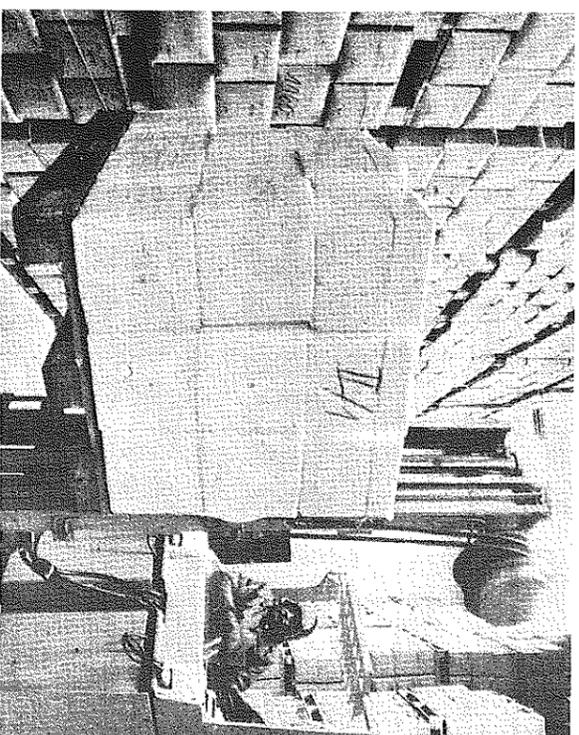
Bis Mitte der 70er Jahre konnten die Überschüsse noch zu subventionierten Preisen auf dem Weltmarkt verkauft werden. Heute ist bereits ein heftiger Kampf um Marktanteile in der Welt entbrannt, weil auch hier eine Sättigung eingetreten ist. Und das alles, obwohl es immer häufiger zu Hungersnöten kommt.

## Europawahlen

**Die zweiten Wahlen zum sogenannten europäischen Parlament zeigen: die Wähler sind mit dem Europa des Kapitals nicht länger einverstanden; sie nutzen die die Wahlen — wenn überhaupt — überwiegend als Möglichkeit des Protestes gegen die eigene Regierung.**

Dies wird besonders deutlich bei den Ergebnissen in Frankreich, wo die Regierung Mitterrand das in sie gesetzte Vertrauen zum großen Teil bereits verspielt hat. Angetreten mit einem Programm der Reformen und der Teilverstaatlichung, endete sie nach kaum zwei Jahren in einer Politik des Arbeitsplatz- und Sozialabbaus.

In der Ausländerpolitik steht die Regierung Mitterrand einem Zimmermann mit Rückführungsprämien und Ausweisungen politischer Flüchtlinge durchaus



65% des EG-Haushalts verschlingt die Finanzierung der Überschüsse: Die Butterberge wachsen ...

### Zuschüsse

Finanziert wird der ganze Unsinn so: Zum einen aus sogenannten Abschöpfungen. Diese Gelder muß der Händler an den jeweiligen Staat abführen, wenn eine Ware in die EG eingeführt wird. Abgeschöpft wird die Differenz zwischen dem EG- und dem Weltmarktpreis. Die Staaten geben das Geld bei der EG-Kasse ab (darunter leidet besonders Großbritannien wegen der hohen Einführen). Weiterhin kommt durch Zolleinnahmen einiges rein. Der Hauptteil wird aus der Mehrwertsteuer gezahlt. Jedes Land muß bis zu 1% der Mehrwertsteuerinnahmen an die EG abführen.

Doch diese Gelder reichen heute nicht mehr aus. Bei der letzten Agrarpreistrunde wurde u.a. beschlossen, die Milchmenge zu kontingentieren. Das bedeutet, daß jeder Bauer nur noch eine bestimmte Menge Milch produzieren darf. Nichtschlecht, denken viele auf den ersten Blick. Aber für viele Bauern bedeutet diese Entscheidung das Aus. Und der Protest der Bauern ist nur zu berechtigt. Sie folgten jahrelang den Empfehlungen der Agrarbehörden — und dafür werden sie jetzt bestrafte! Auf dem Arbeitsmarkt hat heute ausserdem auch keiner eine Chance.

Es wäre viel billiger, die Landwirte direkt zu unterstützen. Dann kann man auch Produktionen festlegen. Solange

### Sozialistisches Europa

1950 ernährte ein Bauer drei Personen, heute werden 50 Leute von den Produkten satt! Die Arbeit des Bauern ist jedoch nicht leichter geworden, die Belastungen haben sich allenfalls verändert. Von den Marktordnungen profitieren nur die Großbauern und die verarbeitende Industrie.

Auf kapitalistischer Grundlage wird die Einigung Europas eine Illusion bleiben, weil die Kapitalisten aller Länder in Krisenzeiten immer zuerst an sich selbst denken und den Schutz ihres „eigenen“ Nationalstaates in Anspruch nehmen. Erst ein sozialistisches Europa, in dem die Großkonzerne und Banken von den Arbeitern demokratisch kontrolliert und verwaltet werden, kann die nationalen Widersprüche überwinden. Dann kann auch die Produktion von Lebensmitteln auf europäischer Ebene optimal und im Interesse der Kleinbauern und Konsumenten organisiert werden.

Hans Blunck, Stuttgart  
Jungsozialisten

# Protest gegen Regierende

**Die zweiten Wahlen zum sogenannten europäischen Parlament zeigen: die Wähler sind mit dem Europa des Kapitals nicht länger einverstanden; sie nutzen die die Wahlen — wenn überhaupt — überwiegend als Möglichkeit des Protestes gegen die eigene Regierung.**

Dies wird besonders deutlich bei den Ergebnissen in Frankreich, wo die Regierung Mitterrand das in sie gesetzte Vertrauen zum großen Teil bereits verspielt hat. Angetreten mit einem Programm der Reformen und der Teilverstaatlichung, endete sie nach kaum zwei Jahren in einer Politik des Arbeitsplatz- und Sozialabbaus.

In der Ausländerpolitik steht die Regierung Mitterrand einem Zimmermann mit Rückführungsprämien und Ausweisungen politischer Flüchtlinge durchaus

- Parteien fehlten
- die FDP wurde in den wohlverdienten europarlamentarischen Ruhestand versetzt
- die Grünen konnten ihren Stimmenanteil beträchtlich erhöhen
- die kleinen Splittergruppen erhielten immerhin einen Anteil von 3,7% gegenüber 0,2-0,5% bei Bundestagswahlen.

### Wende wackelte nicht

Doch die Hauptoppositionspartei, die SPD, profitierte von diesen Protestwahlen nicht. Im Gegenteil, sie verlor gegenüber dem ohnehin katastrophalen Bundestagswahlergebnis von 38,2% nochmal 0,8%.

Die Oppositionsrolle alleine ist noch kein Garant für einen Rückflug enttäuschter Wähler zur SPD. Entscheidend sind die politischen Inhalte. Treten doch die Grünen viel eher mit linken Forderungen und Initiativen an die Öffentlichkeit, was offenbar, vor allem bei Jungwählern, Zuspruch findet. Die Ergebnisse im Saarland, wo die relativ linke Par- teiführung unter Oskar Lafontaine

ne gut abschnitt und auch die Grünen weitunter Bundesdurchschnitt drücken konnte, zeigen, wo und mit welcher Politik Stimmen zu holen sind.

Zählt man die linken Stimmen (SPD, Grüne, Friedensliste usw.) zusammen, so ergibt sich durchaus ein ansteigender Trend: Europawahl '79: 41%, Bundestagswahl '83: 43,9%, Europawahl '84: 46,9%. Ein weiteres Zeichen dafür, daß der Trend zu einer „Mehrheit links von der Union“ geht, sich aber nicht unbedingt bei der SPD niederschlägt. Ist das Einzelergebnis von Hamburg. Dort, wo die SPD für die Politik direkt verantwortlich ist, verlor sie sogar 10% gegenüber der letzten Europawahl und ca. 5% gegenüber der Bundestagswahl '83. Die Grünen stiegen dagegen von 3,5% (Euro-Wahl '79) über 8,2% (Bundestagswahl '83) auf jetzt 12,7%.

Die SPD kann nur dann wieder mehrheitsfähig werden und alleine regieren, wenn sie in der Opposition zu einer klaren, sozialistischen Politik findet.

# VORAN

## Betriebsbesetzungen

# Arbeiter können es besser

## Erfolge nur durch breite Solidarität

Es ist durchaus konsequent, wenn die Belegschaft den Betrieb unter eigener Regie weiterführt. Denn daß die Arbeiter und Angestellten dazu in der Lage sind, haben sie bewiesen: Bei der Firma Arendt in Sersheim bei Stuttgart erstellten die Kollegen ein Konzept zur Weiterführung des Betriebs und erkämpften sich das Recht, dafür den Einblick in alle wichtigen wirtschaftlichen und technischen Daten zu erhalten. Bei der HDW-Werft in Hamburg gibt es seit langem den Arbeitskreis „Neue Produkte“, der Vorschläge erarbeitet, wie mit den vorhandenen Produktionsanlagen dringend benötigte und sinnvolle Güter produziert werden können. So wurde bereits eine Meerwasserentsalzungsanlage gebaut, die in Dürregebieten genutzt werden könnte. Bei Heckel in Saarbrücken und Mönninghoff in Hattlingen lief die Produktion ebenfalls ohne die auch so unentbehrlichen Unternehmer weiter.

Warum aber sind alle diese Besetzungen dann doch abgeblasen worden? Wieso ließ man die Unternehmer nicht einfach abdampfen und machte ohne sie weiter?

Die Unternehmer wollen natürlich nicht, daß die Belegschaften die Betriebe übernehmen. Sie haben alle eine panische Angst davor, daß diese Einzelbeispiele Schule machen und mehr Belegschaften die Betriebe in ihre Hand nehmen könnten. So einfach entmachten lassen sich die Unternehmer eben nicht.

## Eine unvergeßliche Nacht

### Fortsetzung von Seite 5

Die Polizei ermittelt. Stundenlang. Sie sperrt den Ort des Geschehens ab. Allmählich kommt Unruhe auf: Es spricht sich rum, daß die Polizei sich weigert, wegen „Totschlags“ zu ermitteln. Für sie war es nur ein normaler Verkehrsunfall! Der leitende Ermittlungsbeamte wird nun gezwungen, über Megafon der Gewerkschaft Stellung zu nehmen: Theoretisch sei es ja nicht ausgeschlossen, daß Herr Bekel Selbstmord begehen wollte.

Eine Augenzeugin erklärt über Megafon: sie durfte keine Aussage machen, nur ihre Adresse sei festgehalten worden. Soll da etwa manipuliert werden? Die Unruhe wächst. Ohne eine Anweisung „von oben“ ist plötz-



Die sich verschärfende Krise, mit Betriebs-schließungen und Massenentlassungen, hat Belegschaften dazu gebracht, eine neue Kampfform um den Erhalt der Arbeitsplätze zu entwickeln: Betriebsbesetzungen. Sie sind oft das letzte Mittel, Arbeitsplätze zu retten.

letztlich noch nie formalrechtlich entschieden worden, sondern durch direkte wirtschaftliche und politische Kampfmittel (z.B. Streik und Aussperrung).

Aber gerade im Fall der HDW-Besetzung wäre es wichtig gewesen, eine Aktionseinheit zwischen den HDW-Werken in Kiel und Hamburg und der ebenfalls besetzten Weser AG Werft in Bremen zu schaffen, womit der Kampf schon so gut wie gewonnen gewesen wäre. Ob die Unternehmer sich tatsächlich gewagten hätten, die Polizei auf die HDW-Besetzer zu hetzen, wäre bei einer solchen Macht- und Solidaritätsdemonstration mehr als fraglich gewesen. Denn sogar die Gewerkschaft der Polizei in Hamburg erklärte sich mit den Besetzern solidarisch.

Im Fall der Firma Heckel bat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau den Chef der saarländischen Landesregierung, Zeyer (CDU), der Schließung der Firma zuzustimmen. Diese Maßnahme sollte verhindern, daß in einer Kölner Firma des gleichen Konzerns (ARBED) Arbeitsplätze verloren gehen!

Für die Arendt-Arbeiter kam seitens der baden-württembergischen SPD kaum Unterstützung. Sogar die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft (BiG) versagte der Belegschaft die Kredite.

Bei Mönninghoff waren es zur besonderen Verbitterung der Kollegen die BfG und die Landesbank West-LB (zu 40% Eigentum des SPD-regierten Nordrhein).

Wie schnell wäre wohl einer der Streikposten hinter dem Gittern gelaufen, wenn er dem Geschäftsführer auch nur mit dem Fahrrad überten großen Zeh gefahren wäre?!

Doch warum waren unsere Gewerkschaften nicht in der Lage, am folgenden Montag eine ausführende Sonderzeitung zu diesem Vorfalle an alle Haushalte verteilen zu lassen? Genug streikende und ausgesperrte Metallarbeiter gab es dafür schon in Stuttgart und Umgebung, die die Verteilung hätten übernehmen können.

Wer diese Nacht miterlebt hat, läßt sich nicht mehr von dem Gedanken abbringen, daß wir einen Klassenstaat und eine Klassenjustiz haben und daß die Pressefreiheit nur einigen Monopolherren gehört...

Kurt Pfeifle

hein-Westfalens), die eine weitere Zahlung der Kredite verweigerten.

### Kontrolle

Betriebsbesetzungen können nur erfolgreich sein, wenn sich die Gewerkschaften und die SPD voll dahinterstellen und die Kollegen bedingungslos moralisch und praktisch unterstützen. Da aber vereinzelt besetzte Betriebe im Kapitalismus keine großen Überlebenschancen haben, müssen diese Arbeiterorganisationen fordern, daß der Staat bankrotte Betriebe übernimmt. Dies allein reicht aber auch nicht aus: Die HDW-Werft ist praktisch in Staatshand und betreibt trotzdem die gleiche Politik wie jeder Privatkonzern. Und auch am Beispiel der Deutschen Bundesbahn sehen wir, daß es nichts nützt, einen Betrieb zwar zu verstaatlichen, aber die Planung, Kontrolle und Verwaltung kapitalistischen Managern zu überlassen.

Die Verwaltungsgremien und Kontrollorgane sollten besetzt sein zu 1/3 aus Belegschaftsmitgliedern, denn die haben das nötige Fachwissen; zu 1/3 aus Vertretern der Gewerkschaft, um die Interessen der ganzen Arbeiterklasse einzubringen und zu 1/3 aus Vertretern des Staates, um die Produktion im großen Rahmen zu koordinieren und um zu verhindern, daß zwischen einzelnen Belegschaften Konkurrenz entsteht.

Doch solange die Mehrheit der Wirtschaft in Privateigentum verbleibt, haben die Kapitalisten genügend Macht, um die von Arbeitern geführten Fabriken in den Ruin zu treiben. Deshalb müssen die Schatustellen der wirtschaftlichen Macht — die 200 größten Konzerne und Banken — ebenfalls in Staatseigentum überführt und demokratisch verwaltet werden.

Iris Cirkel-Kuhlmann,  
Remscheid,  
SPD- und ÖTV-Mitglied

## Nea-Lindberg in Lübeck Unternehmer entlassen!

Freitag, der 13. April 1984, war für die 43köpfige Belegschaft der Firma Nea-Lindberg in Lübeck ein schwarzer Freitag. An diesem Tag teilte der Chef der Tochtergesellschaft des größten dänischen Privatkonzerns Smith & Co. dem Betriebsrat mit, daß die Firma schließen und die Produktion nach Dänemark zurückverlegt werden solle.

Der Zeitpunkt war gut vorbereitet. Die Mehrheit der Belegschaft war nicht mehr in der Firma und kam erst am 2. Mai wieder — weil der Chef erstmalig auf Betriebsurlaub über Ostern und den 1. Mai gedrängt hatte.

Nea-Lindberg war erst 1976 nach Lübeck gekommen und hatte zunächst kräftig abgebaut: Zonenrandförderung, verbilligte Grundstücke, Erstattung von 80% der Lohnsumme durch das Arbeitsamt im ersten Jahr. Doch mit seiner einseitigen Produktionsstruktur (ausschließlich Fertigung von Notstromversorgungsanlagen) geriet die Firma nach Auslaufen der Förderung bald in die Verlustzone. „Wir haben in Betriebsversammlungen mehrfach Verbesserungsvorschläge zur Erweiterung der Produktpalette gemacht“, berichten die Betriebsratskollegen. Diese Warnungen und Vorschläge blieben jedoch unberücksichtigt.

Die Belegschaft war nicht bereit, das „Schicksal“ Arbeitslosigkeit so einfach hinzunehmen. Sie organisierte mit Unterstützung der örtlichen IG Metall — besonders auch der IG Metall Jugendgruppe — eine ganze Reihe von Protestaktionen zur Aufklärung und Mobilisierung der Lübecker Bevölkerung: Unterschriftsammlungen, Info-Stände, Gründung eines Förderkreises, öffentliche Veranstaltungen und Feste — auch zur Einbeziehung der Familien der Beschäftigten in den Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze. Kernstück ihres Konzepts war Fortführung der Produktion ist der Ausbau der Produktpalette auf die Bereiche Schiffbaulelektronik, Umweltschutz, Lasertechnik sowie die Vergrößerung der Belegschaft auf die wirtschaftliche Betriebsgröße von ca. 70 bis 80 Kollegen.

Die Frage ist jedoch, wer diese Pläne verwirklichen soll. Die alte Firma? Ein neuer Kapitalgeber? Ist es nicht wesentlich sinnvoller, statt über Zonenrandförderung u.ä. Subventionen in Privatfirmen zu stecken, solche Betriebe gleich in öffentliches Eigentum zu übernehmen? Dabei muß jedoch garantiert sein, daß die betroffenen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaft mehrheitlich die Fortführung der Produktion kontrollieren. In Anbetracht der CDU-Mehrheiten in Lübeck, im Land Schleswig-Holstein und im Bund ist ein solches Konzept nur durch große Mobilisierung und breite Solidarität über die Stadt hinaus durchzusetzen.

Greg Powell, Lübeck,  
SPD- und GEW-Mitglied

## ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9,60 DM auf das Postcheckkonto VORAN zur sozialen Demokratie, Nr. 2500 59-430, Pscha Essen überweisen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 72 nach Zahlungseingang.

Einsenden an: VORAN, Reinwardtstr. 2, 56330 Remscheid 11

Name:  
Anschrift: